

Stadtbergen

2098 Unterschriften gegen Gewerbegebiet

Die Initiatoren des Stadtberger Bürgerbegehrens kritisieren vor allem Verkehr und Flächenverbrauch. So geht es jetzt weiter. [Von Manuela Bauer](#)



In drei Ordnern in den Stadtfarben hat Dieter Fromm die 2098 Unterschriften abgeheftet.
Foto: Marcus Merk

Seit Anfang November hat das Bündnis „natürlich – nah – dran“ an den Haustüren und an Infoständen Unterschriften gegen ein Gewerbegebiet zwischen Stadtbergen und Steppach gesammelt. 2098 sind dabei zusammen gekommen – und zwar aus allen Stadtteilen, betont Dieter Fromm. So kämen jeweils mehr als 300 Unterzeichner aus dem Virchow-Viertel und aus Deuringen. Fromm hat die Listen in drei Ordnern – in den Farben des Stadtlogos – abgeheftet und am Samstag vor dem Rathaus an Bürgermeister Paul Metz (CSU) übergeben. Mehr als 50 Stadtberger waren dazu gekommen. Die Initiatoren – Vertreter von SPD, Grünen und Bund Naturschutz – stellten dabei noch einmal ihre Argumente gegen ein „XXL-Gewerbegebiet“ vor:

Verkehr: Große Angst haben die Gegner vor Staus und Schleichverkehr durch Stadtbergen, Deuringen und Leitershofen. „Die B300 ist wie ein Stöpsel“, sagt Fromm: „Jede Stauung führt dazu, dass der Schleichverkehr zunimmt.“ Und Rolf Dittrich ergänzt: Während es für das bestehende Gewerbegebiet auf der anderen Seite der Bundesstraße sechs Zu- und Abfahrten gebe, sei für das neue nur eine vorgesehen. „Noch längere morgendliche Staus sind da programmiert.“ Sein Appell: „Stadtbergen darf nicht im Verkehr ertrinken.“

Flächenverbrauch: Ralf Lemmermann kritisiert vor allem den „Raubbau an Grünflächen“. Das Gebiet enthalte wertvollen Ackerboden. Man müsse mit Flächen sehr sorgsam umgehen, zumal sie in Stadtbergen knapp seien: Die Stadt belege im Landkreis zwar den fünften Platz bei der Einwohnerzahl, aber nur den 37. bei der Gemeindefläche.

Die Stadtverwaltung wird nun auf den Listen Name für Name prüfen, ob der Unterzeichner stimmberechtigt ist. Da aber für ein Bürgerbegehren in Stadtbergen nur etwa 1000 Unterschriften nötig sind, gehen alle Beteiligten davon aus, dass genügend gültige bleiben. Außerdem wird

überprüft, ob die Fragestellung den Kriterien des Bürgerbegehrens entspricht. Am 17. März wird dann der Stadtrat entscheiden, ob es zulässig ist. Bürgermeister [Metz](#) betonte mit den Ordnern in der Hand, das Bürgerbegehren sei ein „guter demokratischer Prozess“, den er verstehe und unterstütze. Er betonte aber, dass es noch keinen Beschluss des Stadtrats zum Gewerbegebiet gebe und damit auch noch keine „offizielle Gegenposition“ zu den Unterschriftensammlern. Die Größenangaben seien reine Spekulation. 22 Hektar ist das Areal groß, das im Flächennutzungsplan seit Jahrzehnten als Gewerbegebiet vorgesehen ist. Was dort aber letztendlich entstehe, hänge vor allem von den Eigentümern ab, denn das Areal ist keine städtische Fläche.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass ein geplantes Gewerbegebiet an der B300 Widerstand weckt: Im Mai 2012 kam es in Kutzenhausen zum Bürgerentscheid. Mit 71 Prozent stimmte zwar eine Mehrheit für das etwa 14 Hektar große Gegebiet im Ortsteil Maingründel, es scheiterte aber trotzdem. Denn schon einen Tag nach der Abstimmung wurde bekannt, dass das Unternehmen Borscheid + Wenig, für das das Areal hauptsächlich geplant war, seine Pläne in Kutzenhausen beerdigt hatte und stattdessen nach Gersthofen zog.